



## WUTBÜRGER UND ENGAGIERTE

Liebe Leserin, lieber Leser,

sieben Landtagswahlen stehen Deutschland in 2011 bevor – wieder einmal ein „Superwahljahr“. Das Engagement Freiwilliger für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und die Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen werden in den kommenden Wahlkämpfen wahrscheinlich nicht im Vordergrund der Auseinandersetzung stehen. Dennoch sind die Politiker derzeit merkwürdig angespannt, wenn es um Engagementförderung geht. Der Dialog mit den Akteuren des Dritten Sektors wird nur sehr zurückhaltend und reserviert geführt. Ursache mögen die breiten **Protestbewegungen** wie etwa gegen das Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“ sein, **getragen von Personen des bürgerlichen Milieus** und vordergründig motiviert von einer Empörung darüber, dass politische Entscheidungen „über ihren Kopf hinweg“ getroffen und Partizipation oder Bürgerbeteiligung nicht in ausreichendem Maße gewährleistet worden sei. Diese „**Wutbürger**“ (so das **Wort des Jahres**) könnten wahlentscheidend sein. Und sie lassen Politiker spüren, dass der Abstand zwischen der verfassten (Partei)Politik und den gesellschaftlichen Gruppen größer wird.

Dass ehrenamtliches Engagement „**alternativlos**“ (so das **Unwort des Jahres**) ist, wird von Politikern in Sonntagsreden gerne verbreitet. Hans Hütt entlarvt in den ROTEN SEITEN derlei Phrasen und gibt Hilfestellung für die Vorbereitung ehrlicher und überzeugender Reden. Solche Tipps können hilfreich sein, um eine überfällige ernsthafte Debatte um die Neubestimmung des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat zu befördern. Denn dass die Funktion der Freiwilligen, wie **Ministerin Schröder im Interview** erklärt, darauf gerichtet sei, „Kitt“ im sozialen Gefüge zu schaffen, wird von Betroffenen und Institutionen der Zivilgesellschaft kaum als motivierend verstanden. Auch andere Passagen des Gesprächs weisen darauf hin, dass die Grundfrage nach einem verbindlichen ordnungspolitischen Verständnis von zivilgesellschaftlicher Organisation nicht beantwortet ist. Die Chance, über das Nationale Forum für Engagement und Politik und die Nationale Engagementstrategie zumindest pragmatische Lösungen zu finden, wurde offensichtlich vertan. Und so steht die verbindliche Feststellung noch aus, dass der Einsatz für gesellschaftliche Anliegen mehr ist als das politisch erwünschte, aktivierte und in Dienst genommene Engagement.

Die Veränderungen innerhalb und außerhalb der organisierten Zivilgesellschaft machen es spannend, sich mit dem Ehrenamt zu beschäftigen. Gravierende Verschiebungen, die sich mit Stichworten wie Individualisierung, Entsolidarisierung, Ökonomisierung oder Ehrenamt 2.0 bezeichnen lassen, sollten in den Blick genommen werden. Der klassische Dritte Sektor bewegt sich und wird bewegt. Aber er bleibt in der Tat ohne Alternative, denn hier organisieren sich Menschen mit gleichen Anliegen. Und mit eben diesen Organisierten muss sich Politik verständigen. Auch wenn es unbequem ist.

Die Redaktion wünscht gutes und erfolgreiches Wirken in diesem Jahr, dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit; wir sind gespannt, was es bringen wird.

Dr. Christoph Mecking, Berlin  
Chefredakteur



Protest gegen „Stuttgart 21“



Ministerin Schröder im Interview



Mitmenschlichkeit im Ehrenamt